

# Bewährungsprobe in neuer Freiheit

## Kirche, Staat und Gesellschaft in der ČSFR

*Der Prozeß der Neuorientierung angesichts der grundlegend veränderten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse im Land ist in der katholischen Kirche der Tschechoslowakei noch in vollem Gang. Offene Fragen gibt es im Blick auf die Rückgabe von früherem Kirchenbesitz wie auf die Stellung der Kirche im politischen Leben. Auch die Suche nach einem neuen Modus vivendi zwischen dem böhmisch-mährischen und dem slowakischen Landesteil läßt die Kirche nicht unberührt. Peter Musyl, Stellvertretender Chefredakteur von „Kathpress“, behandelt im folgenden Bericht vor allem die Probleme im Spannungsfeld von Kirche, Staat und Nationalitäten der ČSFR. Ein ergänzender Bericht über die pastorale Situation wird in einem der nächsten Hefte folgen.*

Als das tschechoslowakische Parlament am 4. Juli dieses Jahres das „Gesetz über die Freiheit des religiösen Lebens und die Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften“ mit großer Mehrheit in beiden Kammern verabschiedete, bedeutete das den legislativen Schlußstrich unter vier Jahrzehnte der Gängelung, der totalen Kontrolle und der Unterdrückung der Religionsgemeinschaften des Landes durch den kommunistischen Staat. Das Gesetz stellt das Verhältnis von Religionsgemeinschaften und Gläubigen zu Staat und Gesellschaft auf eine neue, an westlichen Demokratien orientierte Grundlage, die jede Form der Diskriminierung der Religion und der Gläubigen ausschließt. Die Kirchen sind frei von staatlicher Einflußnahme und können in voller Freiheit wirken. Daß diese neue Freiheit aber auch eine fundamentale Bewährungsprobe für die Kirchen darstellt, von der noch längst nicht feststeht, ob und wie sie bestanden wird, ist den Verantwortlichen der Kirchen und ebenso den Seelsorgern an der „Basis“ inzwischen sehr deutlich bewußt geworden.

### Probleme bei der Rückgabe kirchlichen Eigentums

Die Zeit der totalitären Kontrolle der Kirchen durch den Staat sei damit „endgültig abgeschlossen“, und es beginne „eine neue Epoche der Zusammenarbeit“, erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident der ČSFR, *Josef Míloško*, in einem Interview mit der österreichischen katholischen Presseagentur „Kathpress“. Nach Einschätzung des für Kirchenfragen zuständigen Vizepremiers sind die Kirchen des Landes nach dem Ende des kommunistischen Regimes „zu bedeutenden Helfern für die Gesellschaft geworden und können in wirkungsvoller Weise zur Verbesserung ihres moralischen Zustands, der Bildung und der sozialen Fürsorge beitragen“. Ein positives Zusammenwirken mit dem Staat strebt man auch auf kirchlicher Seite an. Es sei „zum Wohl der menschlichen Person“, wenn Staat und Kirche in der ČSFR „grundsätzlich zusammenarbeiten“, bemerkte etwa der Diözesanadmini-

strator von Budweis, *Václav Dvořák*. Das neue Verhältnis von Kirche und Staat drückte sich u. a. auch darin aus, daß am diesjährigen Karfreitag erstmals im tschechoslowakischen Parlament ein ökumenischer Gottesdienst stattfand. Etwa 100 Abgeordnete, darunter ein Kommunist, nahmen an der von katholischen, evangelischen und husitischen Geistlichen geleiteten Feier teil.

Die materielle Basis für das Wirken der Religionsgemeinschaften ist allerdings in der Tschechoslowakei noch nicht gelegt. Die Entlohnung der Geistlichen durch den Staat hatte sich in der kommunistischen Ära als Instrument erwiesen, das jederzeit gegen die Kirchen angewandt werden konnte. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die katholische Kirche – im Gegensatz zu einigen kleineren Religionsgemeinschaften – ein System anstrebt, das auch in materieller Hinsicht ihre völlige Unabhängigkeit vom Staat gewährleistet. Diesbezügliche Überlegungen stehen allerdings erst am Anfang. Mühsam genug kam es zu Parlamentsbeschlüssen über die *Teiltrückgabe kirchlichen Eigentums*. Nachdem das Parlament bereits im vergangenen Jahr die Rückgabe von 76, vom Staat im Jahre 1950 beschlagnahmten kirchlichen Gebäuden beschlossen hatte, entschied es sich am 19. Juli dieses Jahres – allerdings erst im zweiten Anlauf und nach kleineren Modifikationen der Vorlage – zur Rückgabe von knapp 200 weiteren kirchlichen Gebäuden. Sie stellen allerdings nur einen kleineren Teil der von den Kommunisten konfiszierten kirchlichen Bauten dar. Im Jahr 1950, als alle Orden aufgehoben und ihre Häuser beschlagnahmt wurden, hatte es in der Tschechoslowakei rund 900 Klöster gegeben. Außer ihnen waren damals noch zahlreiche andere kirchliche Einrichtungen, wie Schulen, Spitäler und Seminare, enteignet worden.

Die Meinungen in der Kirche des Landes, wieviel von dem konfiszierten Kirchenbesitz zurückgefordert werden sollte, gehen auseinander. In der Slowakei denkt man diesbezüglich eher maximalistisch, und auch einige Ordensgemeinschaften reklamieren ihr Recht auf Rückerstattung ihres gesamten ehemaligen Eigentums. Andere Ordensgemeinschaften bzw. Kirchenvertreter gingen von Anfang an davon aus, daß nicht das gesamte konfiszierte Kircheneigentum zurückverlangt werden sollte, sondern nur Bauten, die von der Kirche tatsächlich gebraucht werden. Außerdem sollte die ökonomische Lage der Ordensgemeinschaften abgesichert werden. „Wir verlangen keine Felder, Wiesen, Brauereien oder Zuckerfabriken; die Orden werden auch in Zukunft ihr ehemaliges Wirtschaftsvermögen nicht in vollem Umfang zurückverlangen“, versicherte Anfang des Jahres der Vizepräsident der Tschechoslowakischen Ordenskonferenz, Dominikanerprovinzial P. *Dominik Jaroslav Duka*. Würde die Kirche die Rückgabe ihres gesamten 1950 beschlagnahmten Besitzes verlangen, so wäre nicht nur das dafür notwendige

Verfahren langwierig und kompliziert, sondern die Kirche würde im Falle des Erfolges auch zum „reichsten Kapitalisten im Land“, was – so Duka – nicht in ihrem Sinne sein könne. Es stehe aber den einzelnen Orden und Kongregationen frei, ihre Einbeziehung in die Reprivatisierung von Grundbesitz zu verlangen.

Auch nach Meinung des neuen Prager Erzbischofs *Miloslav Vlk* soll sich die Kirche in dieser Frage Zurückhaltung auferlegen. „Wir wollen in Zukunft ein Modell ausarbeiten, wie die Kirche wirtschaftlich unabhängig vom Staat wird“ Der Landbesitz könnte – so Vlk – dafür eine Grundlage bieten. Von den Gebäuden wolle die Kirche jedoch nur jene zurückbekommen, die sie wirklich brauche. „Aber wir möchten das grundsätzliche Recht, alle zurückzuerhalten, auch wenn wir nicht alles wirklich haben wollen“, hob der Erzbischof hervor. Wenn die Kirche alle Gebäude zurückfordere, würde das „zu vielen neuen Konflikten führen, denn zahlreiche Gebäude sind mit Schulen, Sozialeinrichtungen usw. so belegt, daß wir sie nicht zurückverlangen können“. Vlk: „Wir wollen das Image, das die Kirche gewonnen hat, nicht zerstören. Das wäre ein Verrat an der Erfahrung der Vergangenheit. Das sage ich als meine persönliche Überzeugung.“

### Behutsamkeit ist gefragt

Die „persönliche Überzeugung“ Vlks scheint sich jedoch in der Bischofskonferenz nicht durchgesetzt zu haben. Denn am 13. Juni veröffentlichte diese eine Erklärung, in der – entgegen früheren Zusagen, sich mit einer teilweisen Restitution zu begnügen – die Rückgabe *aller* von den Kommunisten beschlagnahmter Kirchengüter gefordert wurde. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf diese Forderung war überwiegend negativ. Das Scheitern der Vorlage über die Kirchenbesitzrückgabe Anfang Juli könnte auch auf die maximale Forderung der Bischofskonferenz zurückzuführen sein, die zu polemischen Attacken im Parlament Anlaß gab und überdies einer weithin feststellbaren antikirchlichen Tendenz in den Medien neue Nahrung verschaffte.

Eine Beruhigung trat erst ein, als der Apostolische Nuntius in Prag, Erzbischof *Giovanni Coppa*, in einer Unterredung mit dem tschechoslowakischen Vizepremierminister *Pavel Rychetsky* versicherte, daß es von kirchlicher Seite nicht zu „extremen Ansprüchen“ kommen und nicht die generelle Rückgabe allen Besitzes angestrebt werden soll. Funktionierende soziale Einrichtungen der öffentlichen Hand in ihrer Tätigkeit aufrechtzuerhalten, auch wenn sie sich in ehemaligen kirchlichen Gebäuden befänden, liege im Interesse der Kirche und müsse bei Rückgabeforderungen auch berücksichtigt werden. Die Versicherung des Nuntius dürfte den Ausschlag gegeben haben, daß der umstrittene Gesetzesvorschlag im zweiten Anlauf doch noch eine klare Mehrheit fand.

Mit dem Parlamentsbeschluß ist das Problem der Rückgabe von Kirchenbesitz allerdings noch keineswegs gelöst. Schon die Durchführung der ersten Phase der

Rückgabe von 76 Gebäuden an die Kirchen war auf zahlreiche praktische Schwierigkeiten gestoßen. Familien, die in ehemals kirchlichen Gebäuden wohnen, zu „vertreiben“, erscheint auch jenen Orden, die die betreffenden Gebäude dringend für ihre eigene Arbeit brauchen würden, bedenklich. Meist sind jedoch in den früher kirchlichen Häusern Archive, Bibliotheken, Heeresstellen, Parteibüros oder soziale Einrichtungen angesiedelt. Auch sie wollten oder konnten vielfach die Objekte nicht räumen. Dazu kommt, daß sich die zurückgegebenen Gebäude durchwegs in einem *höchst desolaten Zustand* befinden. Die Instandsetzung der knapp 200 kirchlichen Objekte, deren Rückgabe jetzt das Parlament beschloß, würde nach Schätzungen von Fachleuten mindestens 180 Millionen Mark erfordern. Da dieses Geld nicht annähernd vorhanden ist, wird ein Teil des historischen Erbes der Kirche unausweichlich zum Verfall verurteilt sein. Die Bischofskonferenz hat deswegen den Staat auch um eine Anfangshilfe zur Wiederherstellung der in 40 Jahren heruntergekommenen Gebäude ersucht.

Außerdem sind der Eigennutzung dieser Gebäude durch die Kirche enge Grenzen gesetzt. Die gesetzlichen Bestimmungen sehen nur bei Rückgabe von Gebäuden an „Zivilpersonen“ eine zehnjährige Frist vor, nach der der Eigentümer sein eigenes Haus rechtlich räumen lassen kann. Für das Kirchengut wurde eine solche Frist nicht vorgesehen. Zudem können verschiedene Schulen, Anstalten, Archive auch im Falle der Rückgabe des betreffenden Gebäudes an die Kirche nur durch einen Erlaß des Kulturministers geräumt werden. In diesem Zusammenhang stellt man in Kirchenkreisen bereits die Frage, ob es für die Kirche überhaupt sinnvoll und klug ist, die Erhaltung solcher Gebäude auf sich zu nehmen, da die Mieteinnahmen meist in keinem Vergleich zum Erhaltungsaufwand stünden.

Auch durchaus wohlmeinende katholische Politiker wie Josef Mikloško und der slowakische Ministerpräsident *Jan Čarnogursky* empfehlen der Kirche nicht nur in der Frage des Kirchenbesitzes und in materiellen Belangen Zurückhaltung in ihren Forderungen an Staat und Gesetzgebung. Čarnogursky forderte die Kirche sogar ausdrücklich zu mehr Toleranz auf. Sie müsse sich mit der heutigen neuen pluralistischen Gesellschaft vertraut machen und ihre pastorale Arbeit entsprechend anpassen. Die Kirche müsse „elastisch“ sein und eine „Mischung von Toleranz und Festigkeit“ zeigen, betonte Čarnogursky in einem Interview für KNA.

Nach Ansicht Čarnogurskys gehört auch die *Abtreibungsfrage* zu jenen Problemen, bei denen die Kirche im Verein mit dem Gesundheitsministerium und politischen Kräften erst umfassende Überzeugungsarbeit in der Gesellschaft leisten muß, um eine breite Basis für eine Änderung der derzeit liberalen Regelung zu schaffen. Die Abtreibungszahlen in der Tschechoslowakei klettern laut Čarnogursky erschreckend in die Höhe, und eine gesetzliche Neuregelung wäre dringend notwendig, doch gebe es derzeit keinen mehrheitsfähigen Vorschlag.

Einen Beitrag zu dieser „Überzeugungsarbeit“ wollte auch ein internationaler Kongreß über Ethik und Medizin leisten, der vom slowakischen Gesundheitsministerium, der ČSFR-Bischöfskonferenz, dem Ökumenischen Rat der Kirchen in der ČSFR und einer Vielzahl internationaler christlicher Initiativen zum Schutz des menschlichen Lebens im April dieses Jahres in Preßburg organisiert wurde. Vor mehr als 2300 Teilnehmern forderten dabei Persönlichkeiten aus Politik, Kirche und Gesellschaft eine Rückbesinnung auf die Grundwerte des menschlichen Lebens. Josef Mikloško verwies auf die 200 000 Abtreibungen pro Jahr in der ČSFR und meinte: „Die Katastrophe in den Köpfen ist stärker als die von Tschernobyl.“

Unterdessen hat das Gesundheitsministerium der tschechischen Republik auf dem Dekretweg neue Bestimmungen für die Abtreibung verfügt, die von den katholischen Bischöfen Böhmens und Mährens als „Schritt in die richtige Richtung“ gewertet wurden. Danach sollen künftig kostenlose Eingriffe nur aus streng definierten gesundheitlichen Gründen zugelassen werden. Auch sollen an verschiedenen Kliniken wieder Kommissionen eingerichtet werden, die darüber entscheiden, ob eine Abtreibung notwendig und gerechtfertigt ist. Die vom Gesundheitsministerium verfügten Restriktionen werden als Vorstufe und praktische Erprobung für ein *neues Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch* angesehen. Die Tschechische Bischöfskonferenz begrüßte die Maßnahmen, die – wie es in der Stellungnahme hieß – „eine grundsätzlich andere Position als bei dem bisher gültigen Gesetz“ erkennen ließen. Man sei sich mit dem Gesundheitsministerium darüber einig, daß der Weg zur Senkung der Abtreibungszahlen die Erziehung zu Verantwortung in Ehe und Partnerschaft sowie zur Achtung vor der Würde des ungeborenen Kindes und seiner Mutter sei. Die neuen Anordnungen des christdemokratischen Gesundheitsministers für Böhmen und Mähren stießen allerdings in anderen politischen Parteien auf Kritik.

## Die slowakische Frage und die Kirche

Von Tendenzen einer kirchlichen Unterstützung für bestimmte politische Parteien, zu der es namentlich in der Slowakei starke Ansätze gab, ist man nach ziemlich negativen Erfahrungen bei den ersten freien Wahlen 1990 wieder abgekommen. Erzbischof Vlk meinte zum zukünftigen Verhältnis von Kirche und Politik, die Kirche wolle sich überall dort engagieren, wo es um das Wohl der ganzen Gesellschaft gehe. Er sei zwar froh, daß es in Böhmen und Mähren auch christlich orientierte Parteien gebe, doch die Kirche identifiziere sich nicht mit ihnen. Sie müsse für alle Gruppen der Gesellschaft offen sein und sich aus der Parteipolitik heraushalten. In der Slowakei sei dies anders, weil die Bischöfe dort „hinter sich eine Mehrheit haben“.

Doch auch dort sieht man die Dinge nicht mehr so wie noch im Frühjahr 1990, als Versammlungen der christlich-demokratischen Partei in Pfarrhöfen keine Seltenheit

waren. Der Vorsitzende der Slowakischen Bischöfskonferenz, Kardinal *Jan Korec*, unterstrich im Frühjahr bei einem Pressegespräch in Wien, die Kirche wolle sich auch in der Slowakei an keine Partei binden. Daß bei den Wahlen im Jahr zuvor Wahlaufträge der Christdemokraten in manchen Kirchen auflagen, habe sich aus der damaligen Situation ergeben und gelte nicht mehr für die Gegenwart. Gläubige seien in mehreren Parteien aktiv. Gewünscht wird sowohl im slowakischen wie auch im tschechischen Landesteil ein verstärktes Engagement katholischer Laien im öffentlichen und politischen Leben. Die Kirche müsse Vertreter mit geistlicher, moralischer und intellektueller Ausstrahlung an allen wichtigen Stellen haben, um eine neue Qualität in die Vielfalt des gesellschaftlichen Angebotes der ČSFR einzubringen, wünschte der Budweiser Administrator Dvořák.

Die in letzter Zeit gewachsenen *Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken* tangieren selbstverständlich auch die Kirche. Vor allem die slowakischen Bischöfe verstehen sich als Anwalt nationaler Anliegen des slowakischen Volkes, das so lange unter fremder Herrschaft gelebt hatte und das sich auch im gemeinsamen Staat mit den Tschechen benachteiligt fühlt. Kardinal Korec hat grundsätzlich das jeder Nation zukommende Selbstbestimmungsrecht auch für die Slowaken reklamiert, ohne jedoch daran eine Option der Kirche für einen eigenen slowakischen Staat zu knüpfen. Die katholischen Bischöfe der Slowakei unter Führung von Bischof Korec riefen vielmehr zu einer vernünftigen und maßvollen Regelung des Konfliktes zwischen den beiden Republiken auf. In ihrer Erklärung unterstützen die Bischöfe alle Bemühungen des slowakischen Nationalrates und der slowakischen Regierung um eine Verfassung, die der Slowakei eine freie Entfaltung in politischer und kultureller Hinsicht garantiert. „Zugleich halten wir es für selbstverständlich, daß die Liebe zum eigenen Volk mit der Achtung vor anderen Völkern verbunden sein muß“, betonten die slowakischen Oberhirten.

Gerechte politische und wirtschaftliche Lösungen für die Koexistenz der in der Tschechoslowakei lebenden Völker forderten auch die Bischöfe von Böhmen und Mähren. Dazu bedürfe es der Überwindung von Vorurteilen und Emotionen. Die katholische Kirche sei sich ihrer Brückenfunktion und ihrer Aufgabe bewußt, die verschiedenen in der ČSFR lebenden Völker zu vereinen und die Gesellschaft zu Versöhnung und Zusammenarbeit in der Zukunft zu bewegen, heißt es in einer Erklärung der tschechischen Bischöfe.

Der Metropolit der mährischen Kirchenprovinz, Erzbischof *František Vaňák* von Olmütz, verwies darauf, daß durch Zerfall und Spaltung keine politischen Fragen gelöst werden könnten, da immer die Gefahr bestehe, daß jemandem Unrecht getan wird. „Nehmen wir uns als Christen vor allem in acht, was uns trennt“, erklärte Vaňák. Er übte auch Kritik an persönlichen Prestige- und Machtinteressen, die in den Spaltungsbestrebungen eine Rolle spielten. Der neue Prager Erzbischof Vlk vertrat die

Ansicht, daß tschechische und slowakische Bischöfe an der Bewältigung des Nationalitätenkonflikts „nicht nur mitarbeiten können, sondern müssen“. Die Kirche selbst sei „nicht eine tschechische oder eine slowakische Kirche“. Als katholische, also allgemeine Kirche habe sie automatisch „den Auftrag für die Einheit der Völker“. Die Ursache der heutigen Spannungen zwischen Tschechen und Slowaken sieht Vlk im Egoismus, in der Unfähigkeit zu einem wahren Dialog und in der ungerechten Behandlung der Nationen unter dem Kommunismus. Keinesfalls hätten die nationalen Spannungen eine religiöse Basis. Die Gläubigen sollten „immer zuerst Katholiken und dann erst Tschechen, Mähren und Slowaken“ sein. In diesem Sinne sollten auch die Tschechen die Wünsche der Slowaken nach eigenen Rechten ernst nehmen. Vlk bekundete sogar Verständnis für den Wunsch der Slowaken auf Selbständigkeit. Man müsse „diese Sehnsucht bei Menschen verstehen, die nie längere Zeit echte Freiheit hatten“. Dennoch sollte sich die Kirche – allen voran die Bischöfe – dafür engagieren, „daß Slowaken und Tschechen eins in das neue Europa eintreten“.

## Die schwierige Aufarbeitung der Vergangenheit

Die Bischofskonferenz der Tschechoslowakei appellierte in einer Erklärung zur Nationalitäten-Frage an die Bürger, „ihre Emotionen abzulegen“, die Ansichten ihrer Mitmenschen zu achten und Wege zu suchen, die zu gegenseitiger Vergebung und zu wahren Gemeinwohl führen. Auf diese Weise werde man auch zu einer gerechten und vernünftigen Lösung des Konfliktes zwischen der tschechischen und slowakischen Republik kommen. Auch Bischof Korec bekräftigte das Bemühen der Kirche, aufgeheizte nationalistische Gefühle zu beruhigen. Ausschreitungen und Gewaltakte brächten auf gar keinen Fall eine Lösung der Probleme und seien zu verurteilen, unterstrich er. Es sei die verantwortungsvolle Aufgabe der tschechoslowakischen Politiker, die heutigen Probleme mit heutigen demokratischen Mitteln zu lösen.

Einen demonstrativen Akt der „Gleichwertigkeit“ beider Nationen innerhalb der Kirche setzten die Bischöfe der Tschechoslowakei selbst: Nach dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden der Bischofskonferenz, des tschechischen Primas Tomášek, wurde der slowakische Bischof *František Tondra* von Zips (Spiš) zum neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde der Prager Erzbischof Vlk.

Während die Rechte der Slowaken im kirchlichen Bereich nachdrückliche Unterstützung finden, fühlen sich die *nichtslowakischen Minderheiten* in der Slowakei auch im kirchlichen Bereich diskriminiert. In den slowakischen Bischöfen scheinen sie jedenfalls bis heute keine Anwälte ihrer Interessen zu finden. Vor allem die 600 000 Menschen zählende *ungarische Minderheit* in der Slowakei klagt über mangelndes Verständnis in der Hierarchie für ihre seel-sorglichen Bedürfnisse. Von einer Förderung der Minder-

heiten könne überhaupt keine Rede sein. Als bedauerlich werten Sprecher der ungarischen Minderheit, daß nicht einmal ein Weihbischof aus ihrer Volksgruppe ernannt wurde. Auch aus Ungarn selbst kommen Informationen, daß angebotene kirchliche pastorale Hilfe aus Ungarn für die ungarische Minderheit in der Slowakei den slowakischen Bischöfen unerwünscht sei. Die *Zigeuner*, die ohnehin in der Gesellschaft in eine Randexistenz gedrängt sind, wissen ebenfalls ein Klagelied über eine eher feindselige Haltung in der Kirche der Slowakei ihnen gegenüber zu singen.

Der *Vatikan* scheint keine Spaltung der Tschechoslowakei in einen tschechischen und einen slowakischen Staat zu wünschen. Der Papst jedenfalls rief die Völker von Böhmen, Mähren und der Slowakei zur Einheit und zur Formung einer „harmonischen Gesamtheit von Brüdern“ auf. Dabei sollten die dem Wesen jedes dieser Völker entsprechenden Schätze bewahrt und die verschiedenartigen spirituellen und kulturellen Reichtümer für den einträchtigen Aufbau des Landes eingesetzt werden. Auch bei einem Treffen zwischen dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten *Marian Čalfa* und Nuntius Coppa wurde vom Vertreter des Hl. Stuhls die „integrierende Rolle der katholischen Kirche“ beim Aufbau des Landes und bei der Lösung der gegenwärtigen Nationalitätenprobleme hervorgehoben.

Ein Thema dieser Unterredung war auch das Ersuchen Čalfas, der Vatikan möge eine „objektive Bewertung“ des ehemaligen slowakischen Staates und der Rolle seines damaligen Präsidenten Prälat *Jozef Tiso* unterstützen. Dieser slowakische Staat von Hitlers Gnaden und sein Priester-Präsident sind in der Öffentlichkeit des Landes zur Zeit Gegenstand heftiger Diskussionen. Für slowakische Nationalisten ist diese Diskussion ein Vehikel für ihre Forderung nach einem slowakischen Staat, Sympathisanten des abgelösten kommunistischen Regimes wiederum malen das Schreckgespenst eines Wiedererstehens des „Klerofaschismus“ an die Wand.

Was Tiso konkret angelastet wird, sind die Zerschlagung der Tschechoslowakei mit Hilfe Hitlers Kriegseintritt auf seiten Großdeutschlands, die Niederschlagung des Aufstandes von Banská Bystrica mittels deutscher Truppen und die Auslieferung der slowakischen Juden an die NS-Vernichtungsmaschinerie. Verteidiger des nach dem Krieg als Kriegsverbrecher hingerichteten Prälaten führen ins Treffen, daß Tiso unter massivem Druck Hitlers gestanden habe, der ihm u. a. angedroht habe, die Slowakei aufzuteilen und zum größten Teil an Ungarn abzutreten, falls es nicht zu einer Sezession der Slowakei von der ČSSR komme. Tiso habe unter diesen Umständen keine andere Wahl gehabt, als den slowakischen Staat auszurufen und sich auch in anderen Bereichen den Wünschen Hitlers zu fügen. Im slowakischen Katholizismus gibt es Kreise, die Tiso für einen heiligmäßigen Mann halten und ein Heiligsprechungsverfahren anstreben.

Im slowakischen Nationalrat wurde eine Kommission eingerichtet, die die Vorgänge der Tiso-Ära möglichst wahr-

heitsgetreu erforschen soll. Wie Korec in einem Pressegespräch in Wien erklärte, werde dabei auch die Frage behandelt werden, in welchen Punkten Tiso tatsächlich Schuld auf sich geladen habe. Es werde aber auch vieles dargestellt werden müssen, was von den Kommunisten bisher verschwiegen wurde. So zum Beispiel die Tatsache, daß während dieser sechs Jahre (1939–1945) in der Slowakei kein einziges Todesurteil ausgesprochen oder vollstreckt wurde, während von 1950 bis 1953 von den Kommunisten 230 Todesurteile vollstreckt wurden. Korec erwartet, daß auch der Gerichtsprozeß gegen Tiso wieder aufgenommen wird. Alle diese Fragen – so betonte er – seien aber „Aufgabe der Historiker“. Man tue weder einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung noch der Lösung der gegenwärtigen Probleme einen guten Dienst, wenn man die Geschichte vor 50 Jahren mit großen Emotionen für die heutige politische Diskussion heranzieht.

### „Keine ‚Pacem in terris‘-Märtyrer“

Für die Kirche in der Tschechoslowakei gilt es jedoch nicht nur, die Last der Geschichte aus der Ära des Faschismus zu bewältigen. Auch die 40 Jahre KP-Regime haben in der Kirche Wunden geschlagen, die noch lange nicht verheilt sind. Denn neben großem Heroismus im Widerstand gegen das kommunistische Regime gab es in der Kirche des Landes auch Mitläufertum, Willfährigkeit, ja

Kollaboration mit der Geheimpolizei. Und das bis hinauf in die Hierarchie. Die Opfer von damals haben nicht vergessen, von wem ihnen seinerzeit Rückhalt verwehrt wurde oder wer sich gar zum Werkzeug für Repressalien des Regimes gegen sie gemacht hatte.

Der Prager Erzbischof Vlk, der selbst unter den Kommunisten mit Berufsverbot belegt war, äußerte sich kritisch über die Haltung mancher seiner geistlichen Mitbrüder unter dem KP-Regime. Sie waren seiner Meinung nach oft zu „gefügig“. Dazu gehörten die Exponenten der von der Kirche abgelehnten und vom Regime geförderten Priestervereinigung „Pacem in terris“. Die Kommunisten hätten menschliche Schwächen ausgenutzt. „Viele waren schwach, hatten Angst und leisteten wenig Widerstand, oder sie dachten, sie könnten in der Zusammenarbeit mit dem Staat etwas für die Kirche tun. Dadurch war aber die Kirche nicht zu retten. Die Gesinnung war vielleicht gut, aber sie war nicht richtig“, meinte Vlk.

Der tschechische Primas sieht jedoch das Problem „Pacem in terris“ für gelöst an: „Wir haben schon vor der Revolution gesagt, daß wir auch diese Priester annehmen und brüderlich behandeln müssen – auch, wenn wir klar zeigen, daß wir mit ihrer Haltung nicht einverstanden sind.“ Die Kirche dürfe nicht noch mehr „geteilt werden“. Die Frage der persönlichen Verantwortung werde entscheiden, ob jemand gehen müsse oder nicht: „Es wird aber keine ‚Pacem in terris‘-Märtyrer geben!“ *Peter Musyl*

## „Erst in autonomer Zustimmung kommt Gottes Liebe zum Ziel“

Ein Gespräch mit Professor Thomas Pröpfer über das christliche Freiheitsverständnis

*Bei den meisten Auseinandersetzungen über den Platz und die Aufgaben des Christentums in der modernen Gesellschaft geht es letztlich um das Verständnis von Freiheit: Was bedeutet die „Freiheit eines Christenmenschen“ angesichts des inzwischen erreichten oder angestrebten Niveaus an politischer, wirtschaftlicher und geistig-kultureller Freiheit? Wieweit kann und muß der christliche Glaube die moderne Freiheitsgeschichte bejahen, und wo muß er Widerspruch gegen ein verkürztes Verständnis von Freiheit einlegen? Darüber sprachen wir mit Professor Thomas Pröpfer, der an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster Dogmatik lehrt. Die Fragen stellte Ulrich Rub.*

**HK:** Herr Professor Pröpfer, vor Jahren war die systematische Theologie intensiv darum bemüht, Freiheit als Grundwort der christlichen Botschaft im Kontext der neuzeitlichen Freiheitsgeschichte neu durchzubuchstabie-

ren. Man braucht nur an Titel zu denken wie „Gnade als konkrete Freiheit“, „Frei sein aus Gnade“ oder „Erlösung als Befreiung“. Inzwischen ist es um solche Ansätze wieder ruhiger geworden. Aber können wir sowohl vom unverzichtbaren Kern des christlichen Glaubens wie vom gegenwärtigen Freiheitsbewußtsein und -niveau her überhaupt darauf verzichten, den Glauben gerade als Freiheit zu verstehen und zu verkünden?

**Pröpfer:** Die theologische Akzentuierung des Themas Freiheit, wie sie die genannten Titel signalisierten, war notwendig und überfällig. Es ging ja um den Versuch, der seit Jahrhunderten dauernden Entzweiung von christlichem Glauben und neuzeitlichem Freiheitsbewußtsein entgegenzuwirken und zugleich verhängnisvolle Engführungen in der traditionellen Lehre von Gnade und Erlösung zu überwinden. Diese Aufgabe bleibt dringlich, auch